

MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



9/2007

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Braunkohle, da reden alle mit!



Das Gespenst neuer Tagebaue geistert durch die Lausitz. Einwohner vieler Dörfer sehen ihre Heimat bedroht. Ein Kohlefeld Forst würde unsere Stadt fast zu einer Insel machen.

Ein Aufschrei geht durch die Region. Vor allem ältere Menschen werden in Panik versetzt.

Was aber ist wirklich geschehen? Eine Universität aus Clausthal hat die Kohlefelder der Lausitz dargestellt und damit die potenziellen Abbaugelände aufgezeigt. Eine Neuheit oder gar eine wissenschaftliche Leistung ist dies nicht, denn es sind die selben Kohlefelder, die schon in den Plänen aus DDR-Zeiten enthalten waren. Bis zum Jahr 2015 muss eine Entscheidung über die Weiterführung des Tagebaus Welzow Süd mit dem Teilfeld 2 getroffen werden, hiervon sind der Ort Proschim und ein Ortsteil von Welzow betroffen. Über alle weiteren Tagebaue soll langfristig entschieden werden.

Rohstoffe zur Energieerzeugung sind ähnlich wie Wasser weltweit zur Waffe geworden. Wer dies versucht, auf 50 000 betroffene Lausitzer zu reduzieren, täuscht die Bürger. Deutschland verfügt nun einmal bei fossilen Energieträgern ausschließlich über Kohle (Braun- und Steinkohle). Hier erzeugen vier große Konzerne mehr als 90 Prozent des Stromes. Sie realisieren seit Jahren riesige Gewinne, die in die privaten Taschen der Aktionäre oder wie bei Vattenfall in den Staatshaushalt Schwedens fließen. Das große Industrieland Deutschland war in den neunziger-Jahren des letzten Jahrhunderts nicht gewillt, die ehemaligen für die weitere Förderung vorgesehenen Tagebaue und Kraftwerke als eigenen Staatskonzern zu betreiben. Die höheren Kosten für die Energieerzeugung werden, ob bei Öko- oder herkömmlicher

Stromerzeugung, auf die Endverbraucher umgelegt. Die steigenden Energiepreise treffen vor allem die Menschen mit kleinem Geldbeutel. Schon aus diesem Grund kann man die ökologischen Belange nicht von den ökonomischen trennen. Wenn der Staat mehr für die Erforschung und Entwicklung alternativer Energien tun will, muss er dies auch aus den Gewinnen der Großkonzerne finanzieren und so regeln, dass dies am Ende nicht allein vom Stromkonsumenten bezahlt werden muss.

Alternative Energien haben zurzeit noch einen großen Nachteil, sie sind in den seltensten Fällen als Grundlastversorgung nutzbar. Wer Wind und Sonne intensiver nutzen will, muss nachdrücklich in die Entwicklung von Energiespeichersystemen investieren. Nur dann ist es möglich, die Nutzung fossiler Rohstoffe zurückzudrängen.

Vattenfall will etwas für die Umwelt tun und das CO₂-freie Braunkohlekraftwerk schaffen. Leider ist dies eine Täuschung. Bei der Verbrennung von Kohle entsteht immer CO₂, nur die Entsorgung soll sich ändern. Das Gas wird nicht mehr in die Luft geblasen, sondern verflüssigt und unter hohem Druck ins Erdreich gepresst. Die Auswirkungen eines solchen Verfah-

rens sind noch weitgehend unerforscht. Kein Mensch kann heute sagen, welche Auswirkungen Milliarden Tonnen von CO₂ im Erdinneren haben werden und ob dieses CO₂ auch dort verbleibt und nicht entweicht. Nach jetzigem technischen Stand wird der Wirkungsgrad dieser Kraftwerke unterhalb des Wirkungsgrades heutiger Braunkohlekraftwerke liegen. Das heißt, der Energieaufwand zur Stromerzeugung wird steigen.

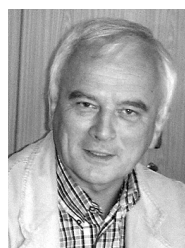
Der wandelnde Lautsprecher der Region Landrat Friese, will Verhandlungen mit Land und Bund, um dem Spree-Neiße-Kreis eine lebenswerte Perspektive zu geben. Nehmen wir ihn beim Wort. Allein auf die Kohle zu setzen, wird dafür nicht ausreichen.

Welche Rolle am Ende einer solchen Entwicklung neue Tagebaue haben werden, wird von vielen Faktoren abhängig sein. Einige werden wir beeinflussen können, andere nicht. Die zukünftige Sicherung der Energieversorgung ist ein globales Problem, und dieses wird nicht nur in der Lausitz entschieden. Zurzeit kann niemand versprechen, dass es keine neuen Tagebaue geben wird. Wer es dennoch tut, wird damit vielleicht Wahlen gewinnen, den Menschen eine sichere Zukunft geben wird er nicht.

*Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion Die Linke.
der SVV Forst*

AG-Interview

mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Kreistag Spree-Neiße, Diethelm Pagel



Vor der Sommerpause gab es im Kreistag Spree-Neiße erste Diskussionen zur Veröffentlichung der Studie zur Fortschreibung der Tagebauentwicklung im Lausitzer Braunkohlenrevier.

Laut Studie liegen sieben der ausgewiesenen Kohlefelder im Kreis Spree-

Neiße. Wie bewertet die Fraktion die Veröffentlichung dieser Studie zu diesem Zeitpunkt?

Die Veröffentlichung der Studie zeigt, welche Kohlefelder im Spree-Neiße-Kreis liegen. Diese waren nicht unbekannt. Sie wurden Anfang der 90er-Jahre aus der Braunkohleplanung herausgenommen. Die Studie beinhaltet keine Aussagen, ob der Abbau dieser Kohlefelder auch wirtschaftlich erfolgen kann.

➤ S. 2

AG-Interview ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Das bleibt die Entscheidung des Bergbautreibenden. Insofern schürt man in der Öffentlichkeit die Ängste der Bürger. Und es werden wieder einmal die Interessen der Bürger und die der Bergleute gegeneinandergestellt. Positiv an der Veröffentlichung ist, dass damit eine öffentliche Diskussion zur Braunkohleförderung begonnen hat. Diese Diskussion darf sich aber nicht nur auf die Betroffenheit der Bürger und Bergleute beziehen, sondern muss tiefer gehen. Sie muss Teil einer Diskussion über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland und Europa vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadebatte sein.

Es fehlt eine Energiestrategie, die Versorgungssicherheit, Ökologie, Sozialpolitik und Wirtschaft vereint und die an die erste Stelle Energieeffizienz und Energieeinsparung setzt. Das muss eine zentrale Forderung aus der Lausitz werden.

Welche Zukunft hat die Braunkohle in Anbetracht der hohen CO₂-Emissionen überhaupt?

Man sollte sich zunächst einmal klar werden, welcher Zeitraum hinter dem Begriff Zukunft steckt, und da sollte man nicht nur die nächsten 30 oder 50 Jahre betrachten, sondern an längere Zeiträume denken. Wenn also in diesen Zeiträumen das Problem der CO₂-Emissionen beherrscht wird, dann kann die Braunkohle durchaus eine Zukunft haben, in welcher Größenordnung sei einmal dahingestellt – und in welchem Land.

Dabei spielen aber auch noch andere Kriterien eine Rolle:

- Gelingt es, den Energieverbrauch in Deutschland drastisch zu senken und die Energieeffizienz spürbar zu erhöhen?
- Wie sieht in Zukunft der Energiemix in Deutschland aus?
- Welche Potenziale lassen sich mit erneuerbaren Energiequellen erschließen?
- Welche Ergebnisse werden in Forschung und Entwicklung bei der Energiespeicherung erreicht?
- Wird die Kernfusion eine Option für die Zukunft werden oder nicht?
- Gibt es in Deutschland einen ernsthaften politischen Willen, den Klimawandel zu stoppen?

Die Bundestagsfraktion Die Linke. hat eine Studie zur Zukunft der Braunkohle in der Lausitz erarbeiten lassen. Wie beurteilt die Fraktion diese Studie aus kommunalpolitischer Sicht?

Diese Studie geht von einem sanften Ausstieg aus der Braunkohleförderung bis 2050 aus. Ein Neuaufschluss von Tagebauen und ein Neubau von Kraftwerksanlagen wird als nicht notwendig erachtet. Die Inanspruchnahme der schon als Vorranggebiete benannten

Kohlefelder für Welzow/Süd und den Tagebau Nochten wäre demnach nicht erforderlich.

Das ist ein interessanter Ansatz. In der Fraktion wird die Möglichkeit eines solchen Szenarios jedoch unterschiedlich betrachtet. Das betrifft besonders die Frage, wie und wann der Braunkohlenausstieg erfolgen kann bzw. welchen Platz die Braunkohle in einem zukünftigen Energiemix einnehmen soll. Im Moment ist die Braunkohle ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor in der Region. Ein solches Umsteuern ist für die in der Kohleförderung Beschäftigten und deren Familien, aber auch für Tausende Bewohnerinnen und Bewohner der Region, die von dieser Industrie leben, ein schmerzhafter Einschnitt. Die Kumpel wissen, was kommt. Sie brauchen keine Besserwisserei, sie brauchen Zukunft. Deshalb halten wir an unserer bereits im Lausitzkonzept der PDS verankerten Forderung fest, den Strukturwandel in der Lausitz hin zu Zukunftsbranchen in den Bereichen Bildung, Kultur, Informationstechnik, Elektrotechnik, Chemie, wirtschaftsnaher Dienstleistungen, nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien zu unterstützen. Hier fehlen uns bislang deutliche Signale der Landespolitik.

Nach einem Vorschlag des Landrates soll ein Kohlevertrag mit Vattenfall, Bund und Land abgeschlossen werden. Wie findet die Fraktion diesen Vorschlag?

Nach den Vorstellungen des Landrates sollen in diesem Vertrag Verpflichtungen des Bergbauunternehmens, der Bundesregierung und der Landesregierung für den schon jetzt durch die

Braunkohleförderung stark belasteten Kreis festgeschrieben werden. Das soll vor allem Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen betreffen. Mit seinem Vorschlag geht der Landrat bereits davon aus, dass neue Tagebaue kommen werden. Damit bekämpft er mit diesem Vorschlag nur noch die Wirkungen und geht nicht an den Kern des Problems. Dieser Vertrag kann hilfreich sein, kann aber nicht losgelöst von strategischen Zielen der Energiepolitik in Deutschland erarbeitet werden.

Für uns ist wichtig, dass in diesen Vertrag aufgenommen wird:

- der Nachweis der energiepolitischen Notwendigkeit von Tagebau-Neuaufschlüssen im Lausitzer Revier,
- die Erarbeitung und Umsetzung eines Strukturkonzeptes für die Region zur Sicherung zukunftsfähiger Erwerbsmöglichkeiten,
- bundes- und landespolitische Rahmenbedingungen, um die Energieeffizienz in der Wirtschaft drastisch zu erhöhen und den Energieverbrauch spürbar zu senken,
- die zwingende Aktualisierung des Energiekonzeptes im Land Brandenburg mit der Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wirtschaften, besonders unter Berücksichtigung der Klimadiskussion.

Der Kreistag hat einen Sonderausschuss gebildet, der sich mit diesen und weiteren Fragen beschäftigen soll.

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass es uns gerade als Kommunalpolitiker immer darum gehen muss, dass die Lausitz lebens- und liebenswert für die Menschen bleibt und sie auch in Zukunft hier Lohn und Brot finden.

Lohndumping in Brandenburg innerhalb weniger Monate verschärft!

Durch die »Hartz-Gesetzgebung« wird Lohndumping auch in Brandenburg immer mehr ausgeweitet. Mittlerweile können 50 400 Brandenburger, die entweder einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Vollzeit nachgehen oder in Teilzeit bzw. Minijobs arbeiten, nicht von ihrem Einkommen leben und müssen zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen.

Das geht aus der neusten Studie der Bundesagentur für Arbeit hervor. Der Erhebung liegen Daten vom Januar 2007 zugrunde. Danach ist die Zahl der sogenannten Aufstocker in Brandenburg allein von Oktober 2006 bis Januar 2007 um 7 700 gestiegen. Das ist ein Anstieg von rund 15 Prozent in nur vier Monaten!

Diese besorgniserregende Entwicklung ist Ergebnis der verfehlten Arbeitsmarktpolitik von SPD, CDU/CSU und den Grünen, die für die sogenannten Hartz-Reformen politisch verantwortlich sind.

Die Auswirkungen sind nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich schädlich. Der Staat belohnt gerade jene Unternehmen, die ihre Beschäftigten mit Armutslöhnen abspeisen, indem er quasi ein Teil der Lohnkosten übernimmt. Dadurch werden diese Betriebe zum Leiden von Unternehmen, die auskömmliche Löhne zahlen, subventioniert.

Die Forderung der LINKEN nach Einführung eines flächendeckenden und Existenz sichernden Mindestlohns ist angesichts auch der Entwicklung in Brandenburg aktueller denn je. Deshalb appelliert die Fraktion DIE LINKE. an die SPD, nicht nur vom Mindestlohn zu reden, sondern ihn endlich auf parlamentarischem Weg durchzusetzen. Dafür gibt es nicht nur parlamentarische Mehrheiten im Land und Bund, sondern auch eine breite gesellschaftliche Mehrheit.

**Christian Görke,
DIE LINKE. Fraktion
im Brandenburger Landtag**

Im Herbst 2007 steht die Abstimmung über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan auf der Tagesordnung. Die Bundeswehr beteiligt sich mit dem Einsatz »Operation Enduring Freedom« (OEF), der internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF) und Tornados an dem Krieg in Afghanistan. **DIE LINKE. fordert ein sofortiges Ende der drei Bundeswehreinätze, denn ihre Bilanz ist verheerend.**

- 1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land

Wo liegt Mügeln?

Mit Atlas, Routenplaner oder Navigationssystem ist es wohl leicht zu finden.

Ich bin der Auffassung, Mügeln ist überall in Deutschland!

Die latent bestehende Ausländerfeindlichkeit braucht immer nur einen Auslöser zum Ausbruch.

Eine Rangeliege auf der Tanzfläche genügt, um unterschwellig angehäufte Wut, Verzweiflung loszutreten.

Die Untersuchungen beschränken sich nunmehr darauf, ob diese Handlung einen rechtsradikalen Hintergrund hatte.

Ich glaube, der Staatsanwaltschaft vorgreifen zu können.

Rechtsradikal war es, aber nicht geplant. Es geschah »einfach« so. Die aus meiner Sicht herrschende Ausländerfeindlichkeit gründet sich auf materielle Benachteiligungen, Arbeitslosigkeit, Zukunftslosigkeit.

Des »Volkes Zorn« entlädt sich stets an den Schwächsten.

Jahrhundertlang waren es die Juden.

Die Juden von heute sind die Ausländer!

Solange wir es zulassen, dass Vietnamesen als »Fidschies« oder »Schlitzaugen« bezeichnet werden, solange wir über die »scheiß Pollacken« reden lassen, so lange sind wir mitschuldig!

Wer zulässt, dass ein Schwarzer als »Rolle Dachpappe« bezeichnet wird, lässt letztlich auch zu oder billigt es, dass Asylbewerberheime brennen, Treibjagden auf Ausländer veranstaltet werden.

Wir müssen in und mit unserer Sprache beginnen! Was gesagt wurde, ging durch den Kopf! Es kann immer nur herauskommen, was in ihm ist! **Wolfgang Witzel**

Bundeswehr raus aus Afghanistan

sterben so viele Kinder wie in Afghanistan. Ausländische Soldaten brachten 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht.

- Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten.
- Aber die Hilfe stand nie im Vordergrund: Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Ein Großteil der Hilfsgelder, die nach Afghanistan gehen, fließt in die Taschen von westlichen Konzernen.
- Die ISAF-Truppe leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karsai-Regime. Hamid Karsai ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen.
- Unter Karsai herrschen wieder die Kriegsherren, welche die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Karsai – über Jahre enger Verbündeter der USA und des Westens – tut alles, um deren Interessen zu schützen.

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von denen abgelehnt, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe in Afghanistan

haben. So haben Caritas und Deutsches Rotes Kreuz die Regierung ermahnt, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um die Helfer und die Bevölkerung nicht weiter zu gefährden. Die Lage der Mehrheit der Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht verbessert. Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben, während die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region. Diesen will sie an der Seite der USA sichern, um Unabhängigkeit von Russland oder den neuen Konkurrenten Indien und China zu erreichen.

Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Deshalb demonstriert DIE LINKE. am 15. September zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin.

Christine Buchholz,

Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE.

NACHRUH

Die LINKE. in Forst trauert um

Max Ernst

* 9.7.1926

† 04.08.2007

Als Sympathisant unserer Partei war er von 1993 bis 1996 geschätztes Mitglied der Fraktion der PDS in der Stadtverordnetenversammlung Forst.

In dieser Tätigkeit setzte er sich besonders beharrlich für die Erstellung eines Mietspiegels in der Stadt ein.

Im Mieterbund zeigte er großen Einsatz. In diese Funktion wurde er für viele Forster Bürger nach der Wende zum Ansprechpartner, Helfer und Freund.

Sein politisches Engagement begann bereits nach den bitteren Erfahrungen von Krieg und Gefangenschaft.

Er half aktiv bei der Beseitigung der Kriegsschäden und widmete sich von Anfang an der Erziehung einer neuen, friedliebenden Jugend.

Viele ehemalige TGA-Lehrlinge werden sich an ihn als Erzieher und Heimleiter und sportbegeisterten Menschen gern erinnern.

Nicht nur seiner eigenen großen Familie, auch den Jugendlichen der verschiedenen Wohnheime, in denen er als Erzieher und Leiter tätig war, fühlte er sich verbunden.

Eine sinnvolle Freizeitgestaltung der Lehrlinge und das Wohlfühlen in unserer Stadt, lagen ihm am Herzen.

Ortsvorstand Die LINKE. Forst

Fraktion Die LINKE. Der SVV Forst

Petra Paus Newsletter

Ermittlungen sind ein grandioses Ablenkungs-Manöver

Gegen zahlreiche Journalisten mehrerer Zeitungen wird ermittelt, weil sie angeblich Geheimnisse aus dem sogenannten BND-Untersuchungsausschuss verraten haben sollen.

DIE LINKE. hatte im Bundestag jedwede Ermittlungen gegen Journalisten wegen angeblichen Geheimnisverrats abgelehnt. Auch die aktuellen Ermittlungen sind ein erneuter Angriff gegen die Pressefreiheit.

- Mit dem »Cicero«-Urteil wurde die Pressefreiheit in einem ähnlichen Fall tendenziell gestärkt. Der Bundestag sollte die Pressefreiheit endlich de jure festigen, anstatt de facto hinter das Urteil zurückzufallen.
- Die Ermittlungen sind ein grandioses Ablenkungsmanöver. Denn der eigentliche Skandal ist: Die Bundesregierung hat vor dem Bundestag massenhaft wesentliche Informationen geheim gehalten.
- Zur Erinnerung: Im »BND«-Ausschuss geht es darum, ob im »Anti-Terror-Kampf« auch hierzulande und durch deutsche Behörden Bürger- und Menschenrechte suspendiert wurden? Meine Erkenntnisse sagen: Ja.
- Es waren Journalisten, die diese Geheimhaltungsstrategie partiell durchkreuzt haben. Das ist ihre Aufgabe. Sie dafür belangen zu wollen, ist widersinnig und grundgesetzwidrig.

(Petra Paus ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

Schäuble: Meineid und Gotteslästerung Bundesinnenminister Schäuble hält das Grundgesetz für den Anti-Terrorkampf nicht mehr für zeitgemäß.

Mit seiner Attacke gegen das Grundgesetz hat sich Wolfgang Schäuble selbst die Legitimation als Verfassungs- und Innenminister entzogen. Zu Amtsbeginn hatte er geschworen, *dass er »das Grundgesetz wahren und verteidigen (...) werde. Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.«* Dieser Schwur entpuppt sich nun als Meineid und obendrein als Gotteslästerung. Denn das III. Gebot besagt: »Du sollst den Namen des Herrn, Deines Gottes, nicht missbrauchen.« Und das VI. Gebot lehrt: »Du sollst nicht töten.« Schäuble attackiert das Grundgesetz, er will Töten lassen und er hat den Namen Gottes missbraucht.

Den Nord-Osten nicht länger attackieren Zum aktuellen »Bombodrom«-Urteil des Verwaltungsgerichts Potsdam

Erneut hat ein Gericht zugunsten der Bevölkerung und der Zukunft der Kyritz-Ruppiner-Heide entschieden. Höchste Zeit, dass die Bundesregierung endlich aufhört, den Nord-Osten der Republik zu attackieren. Zur Erinnerung: Mehrere Bürgerinitiativen kämpfen seit über einem Jahrzehnt gegen das »Bombodrom«. Und die Landesparlamente von Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben sich klar gegen Reaktivierung des Bombenabwurfplatzes ausgesprochen. Auch das verdient Respekt.

PINNWAND

Termine

- Sa., 08.09.: **Landesparteitag in Brandenburg**
Di., 18.09., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst
Di., 25.09., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung
Mo., 01.10., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«

Geld vom Staat

Peter Struck (SPD) meint, dass es nicht sein könne, dass jemand den ganzen Tag arbeite und trotzdem auf staatliche Hilfe angewiesen sei. Dabei geht es ihm doch genauso. *Ove Lieh*

Geburtstage

- 13.09.: 80 Jahre, Gen. Helmut Mucha
14.09.: 78 Jahre, Gen. Wolfgang Steiger
14.09.: 67 Jahre, Gen. Horst Meißner
19.09.: 78 Jahre, Genn. Annelore Buttermann
25.09.: 73 Jahre, Genn. Elfriede Koch
25.09.: 83 Jahre, Gen. Reinhard Bistrosch
26.09.: 74 Jahre, Genn. Liane Nooke in Döbern
02.10.: 66 Jahre, Genn. Hannelore Koske

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Gesamtmitgliederversammlung

am Mittwoch, dem 19. September 2007
um 18:30 Uhr im Bürgerzentrum

Thema:
»Wie stehen wir zur Braunkohle?«

Bitte vormerken!

am 29. und 30.9.2007
**Energiepolitische Konferenz
der Linken in Cottbus**

Schäuble geht es besser

Die Bundeskanzlerin hat den Innenminister gegen Angriffe der Opposition in Schutz genommen. Damit geht es Schäuble zumindest besser als unserer Verfassung. Die kann sich gegen Angriffe von Innenminister Schäuble nämlich kaum noch schützen.
Reinhard Ulbrich

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst *DIE LINKE.*
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst *DIE LINKE.*
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: spree-neisse.dielinke-brandenburg.de
E-Mail: forst@dielinke-spree-neisse.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.